Fachdienstleiterin Dagmar Röben-Guhr erläutert, dass als Konsequenz aus den Bedarfen für zusätzliche Betreuungsangebote im Krippen- und Kindergartenbereich bauliche Maßnahmen erforderlich sind.

Die 90/10 – Regelung besteht seit 2002, als der Vertrag zum Betrieb und zur Finanzierung des Kindergartenangebots geschlossen worden ist. Insofern ist für die einzelnen Maßnahmen bei kommunalen und kirchlichen Einrichtungen jeweils ein Ratsbeschluss herbeizuführen.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig: